

Transkript

**Ö1, Im Klartext, 18.30 Uhr
30. September 2009**

Thema: „Die Krise der SPÖ“

ANSAGE:

„Im Klartext“ – mit Klaus Webhofer

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Herzlich willkommen zu dieser „Klartext“-Ausgabe September 2009. Zu ändern ist nichts, so sprach der Bundeskanzler Werner Faymann gestern nach der letzten einer Reihe von SPÖ-Niederlagen, einer besonders schmerzhaften in Oberösterreich, weil hier die Wirtschaftskrise mehr zu spüren ist als anderswo. Zu ändern ist also nichts an der SPÖ-Linie, sagt der Parteichef – höchstens an der Darstellung eben dieser Linie, wie er heute meinte. Ob dem so ist oder ob nicht vielmehr ganz viel zu ändern ist und warum die Sozialdemokratie ganz allgemein in sehr vielen, vor allem den führenden und großen europäischen Staaten im Keller gelandet ist, das wollen wir heute diskutieren. Ich freue mich aufs Kommen von Sozialminister Rudolf Hundstorfer, guten Abend!

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Schönen guten Abend!

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Hannes Androsch, früherer Vizekanzler, jetzt Unternehmer, guten Abend!

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Guten Abend!

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Und Kurt Flecker, bis vor Kurzem noch Sozial- und Kulturlandesrat in der Steiermark, jetzt Landtagspräsident ebendort und Vertreter – ich darf das mal so sagen – der Parteilinken, guten Abend!

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDES RAT IN DER STEIERMARK:

Guten Abend!

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Herr Hundstorfer, jetzt ist nun doch einiges passiert seit Sonntag. Erich Haider ergreift die vielfach ergangene Aufforderung beim Schopf und geht nun doch. Der Bundeskanzler möchte jetzt mehr Präsenz zeigen, die Anliegen der SPÖ stärker hervorheben, wie er heute meinte, und wenn man alle Wortmeldungen, auch die des Bundeskanzlers richtig gedeutet hat, sind Sie, Sie persönlich, für die Partei oder für viele in der Partei die Zukunftshoffnung, zumindest sollen Sie eine Schlüsselrolle in Zukunft spielen. Was ist denn bisher schief gelaufen in der SPÖ?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Ja, was bisher schief gelaufen ist – in aller Kürze ist das sicher nicht zu beantworten.

Fakt ist, dass einiges schief gelaufen ist. Fakt ist, dass wir einige Punkte, die wir im Unterhandel mit diesem Koalitionsabkommen noch verhandelt haben ... Ich darf nur einen Punkt sagen: Wir sind am Beginn der Koalitionsverhandlungen hineingegangen mit einer Steuerreform 2010, wir sind herausgekommen aus der Koalitionsverhandlungen mit einer Steuerreform 2009. Das heißt, wir haben uns durchgesetzt, aber Fakt ist, dass sicher einer der Punkte die Frage ist, wie stellt man etwas dar und wie transportiert man es. Das ist das eine, das zweite ist, dass wir sicher ein latentes Problem haben, junge Menschen de facto anzusprechen, junge Menschen zur Organisation zu bringen bzw. auch die Ideen dieser jungen Menschen zu integrieren, hier haben wir sicher ein Manko. Hier haben wir sicher eine Aufgabe zu tun, wo man nicht wegschauen kann. Und der dritte Punkt ist, im Sozialbereich vielleicht noch besser, noch transparenter zu machen, was wir tun. Es ist in einer Tageszeitung gestanden ... Ich war am Montag in Paris auf Einladung der OECD, um als einziger Arbeitsminister dort ein separates Referat halten zu können, weil wir europaweit den niedrigsten Anstieg an Arbeitslosigkeit haben. Von allen europäischen Ländern haben unsere Gegenprogramme in der Frage der Arbeitslosigkeit gewirkt. Das ist der eine Punkt, andererseits keine Frage, jeder Arbeitslose in Österreich ist zu viel und jeder der Betroffenen sieht das natürlich anders. Das heißt, auch hier ein Transportproblem.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Offenbar kommen Sie mit diesen Themen nicht durch. Und weil Sie die Arbeitslosigkeit ansprechen, da gab es ja heute wieder eine Pressekonferenz von Ihnen, ist es nicht so, dass dieses Thema – die Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Arbeitslosigkeit [sic] – eigentlich allen Parteien inzwischen schon zugeordnet wird, das ist ja nicht mehr nur ein originär rotes Thema.

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Ich glaube schon, dass es ein rotes Thema ist, weil bei den Budgetverhandlungen ich als einziger Ressortverantwortlicher eine Steigerung der aktiven Arbeitsmarktpolitik verhandeln konnte. Ich habe eine Steigerung von 44 Prozent der Budgetmittel, das heißt, ich war der einzige Minister, dem das geglückt ist, um ganz einfach hier massivst gegenzusteuern, massivst gegenzuarbeiten. Und das Programm, das sieht man auch, dass es greift. Aber Fakt ist, dass, ich glaube sehr wohl, dass die Sozialdemokratie jene Partei ist, die nicht Arbeitslosigkeit verwalten will, sondern Arbeitslosigkeit ganz einfach auch als Chance sehen will, Menschen in Qualifizierung zu bringen, Umschulungen usw.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Sie sollen den Karren jetzt quasi aus dem Dreck ziehen, und es wird Ihnen diese Aufgabe jetzt bissl umgehängt, wie wollen Sie das machen? Nur mit der Verbesserung der Darstellung?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Ich sehe meine Funktion jetzt einmal, dass ich ein Ressort zu führen habe, was sicher das soziale Kernressort dieses Landes ist, und ich bemühe mich, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Und wir werden natürlich auch nicht nur jetzt anders darstellen, wir werden natürlich auch versuchen, den Menschen auch klar zu machen, was wir seit dem ersten Tag an sagen, der durchschnittliche Arbeitnehmer und die durchschnittliche Arbeitnehmerin kann nicht die sein, die für die Krise zweimal zahlt, einmal zahlen viele Arbeitnehmer schon und Arbeitnehmerinnen durch

Kurzarbeit, durch Aussetzverträge, durch Verlust des Arbeitsplatzes. Das heißt, das muss anders transportiert werden, stärker transportiert werden, ich werde hier nicht müde, das stärker zu betonen. Und was auch vollkommen klar ist, die Sozialstaatsfinanzierung muss weiter gewährleistet sein, und das ist sicher auch ein Punkt, der in der Koalition für etliche Diskussionen sorgen wird.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Lassen Sie uns noch ein wenig ins Detail kommen. Herr Flecker, ich glaube, Sie sehen das ein wenig anders. Sie sagen, es muss ein Kurswechsel her, der sei absolut notwendig. Sie fordern so etwas wie einen Linksruck, stimmt das so?

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Ja, wenn Sie es so vereinfachen wollen, ganz sicher. Ich darf vielleicht mit dem Bild, das der Landesparteivorsitzende am Sonntag oder gestern gezeichnet hat, anfangen. Er hat gesagt, wenn ein Steuermann das Steuer schnell herumreißt, dann ist er ein schlechter Steuermann.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Werner Faymann hat das gesagt.

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Der Steuermann hat es herumzureißen, wenn er diese Situation sieht. Und wenn er die Wand nicht sieht, auf die er zufährt, dann gehört ihm der Führerschein weggenommen. Ich glaube, dass wir als Sozialdemokratie – und da geht es gar nicht nur um Linksruck, sondern es geht darum, dass wir erkennbar werden. Wir haben in unserem Bild eine starke soziale Kompetenz, Klammer, gehabt, Klammer. Sie ist nicht mehr erkennbar. Uns laufen die Intellektuellen davon. Die liberalen Intellektuellen sind nicht mehr an Bord. Sie kriegen auch überhaupt keinen Köder, warum sie überhaupt mit uns sollten. Und wir haben einen Bundeskanzler, der meiner Meinung nach vergisst, dass er Parteivorsitzender auch ist, der den Kompromiss in der Regierung als Parteilinie erfindet und die Sachen schönredet und nichts sagt. Wenn Sie fragen, was schief gelaufen ist ...

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

... nennen Sie uns zwei, drei Beispiele vielleicht, wo Sie den Kurs korrigieren würden, damit man sich da ein bissl was vorstellen kann.

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Wir haben einmal die Chance gehabt, wo wir in der Europapolitik eine klare Linie haben könnten. Die haben wir total vergeben mit einem „ja, aber“ und mit einer Anbiederung an die Kronen Zeitung mit einem beschämenden Brief. Das war schon einmal der Einstieg in die Katastrophe. Und dann haben wir einen Wahlkampf geführt, der so lieblos war, dass mich das Ergebnis in keiner Weise wundert. Wir haben in der Frage der sozialen Profilierung keinerlei erkennbare große Leistungen vollbracht. Ich meine, dass wir ein bisschen sozialer als die ÖVP sind, das kann ja wohl jeder annehmen, aber dass wir nicht in der Lage sind, Ziele zu formulieren, und dass wir nicht in der Lage sind, in einer Zeit, in der die Leute in der Krise Angst haben, ihnen irgendeinen Rettungsanker anzubieten oder ihnen zu helfen, wie zum Beispiel mit einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes über Zeit, dann weiß ich nicht, worum wir uns kümmern. Und als Drittes darf ich Ihnen vielleicht noch sagen, die Frage der Gerechtigkeit und Verteilung, die die Schere immer weiter macht, ist bei uns kein

Thema.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:
Also die Vermögenssteuer.

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:
Also wenn das wer anspricht.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:
Da kommen wir vielleicht noch darauf. Ich möchte den Herrn Androsch gerne in die Diskussion holen. Ihre Analyse: Warum laufen der SPÖ die Wähler in Scharen davon?

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:
Wir haben ja längerfristige Entwicklungen und zeitgleich auch ein Ergebnis in Deutschland, das noch viel bedeutsamer ist, ohne die Bedeutung herabspielen zu wollen von Landtagswahlen in Österreich, über die letzten dreißig Jahre. In den letzten dreißig Jahren war die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament zwischen '79 und '99 die stärkste, verlor diese Position '99 und ist gravierend zurückgefallen bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament. Jetzt hat auch die Volkspartei rechts der Mitte – die Christlich-Sozialen – verloren, aber nicht so viel. Das heißt einmal zum Ersten, in der Parteienlandschaft ist ein Strukturwandel eingetreten, der am stärksten die beiden Volksparteien, die nach dem Krieg Europa aufgebaut haben, betrifft, aber inzwischen viel stärker die Sozialdemokratie. Das ist einmal ein europäischer Befund, ohne dass man darauf eine Antwort gefunden hätte. Im Jahr 1998 oder vor zehn Jahren ungefähr noch, waren von fünfzehn Regierungschefs der damals fünfzehn EU-Mitglieder zwölf Sozialdemokraten, heute sind es sechs von siebenundzwanzig. Und man hat sich mit dieser Entwicklung nie auseinandergesetzt. Wiederum hier tun sich konservative Parteien, also die Konservative Volkspartei, leichter, weil da kann man mit Heimatduselei und rückwärtsgewandten Trendsettereien noch eher die Verluste in Grenzen halten, eine Zukunftspartei nach ihrem Verständnis, Bewegung nach ihrem Verständnis, dann Modernisierung, der Aufklärung, dem sozialen Ausgleich verpflichtet, tut sich hier viel schwerer und ich glaube, hier müsste zunächst einmal die Analyse über die längerfristige Entwicklung einsetzen, um mit Ferdinand Lassalle zu fragen „Was ist?“ und zur Frage zu kommen, „Was ist zu tun?“, um Perspektive, Orientierung, Ziele und Wege dorthin zu finden.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:
Aber gibt es nicht auch in all diesen Ländern – die Richtung ist gleich – wie Sie sagen, aber gibt es nicht auch in all diesen Ländern dann spezifische Ursachen, die eben nur auf diese Länder zutreffen? Also gibt es, jetzt für Österreich betrachtet, Dinge, wo Sie sagen, das ist der Grund, warum eben die SPÖ hierzulande in den Keller rutscht?

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:
Das muss man sich immer dann an Einzelbeispielen noch verfeinern, aber das ändert nichts an dem europäischen Grundtrend, und den kann man nicht, auch nicht an einzelnen Personen festmachen. Wenn Sie berücksichtigen, dass die SPD in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren nach Willy Brandt neun Parteivorsitzende hatte und vor der Wahl des nächsten, des zehnten steht. Also nur mit der

Festmachung an Personen und der Auswechslung ist das Problem ebenso wenig zu lösen.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Nein, ist schon klar. Ich möchte auch trotzdem nochmal bleiben. Wenn Sie es wirklich nur mal Österreich ein bissl anschauen. Gibt es da für Sie Dinge, wo die SPÖ, wo sie auch die Möglichkeit hätte, was zu ändern, um wieder Wählerschichten – vielleicht auch gerade junge ... weil, alle Untersuchungen zeigen ja, die SPÖ ist eine Pensionistenpartei geworden, bei den Jungen ist sie nur mehr an vierter Stelle – , um solche Wähler wieder anzusprechen.

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Ja, offenbar kann die europäische Sozialdemokratie keine Perspektive, keine Zielvorstellung für die Zukunft auf die nächsten zwanzig und dreißig Jahre entwickeln, was sich am deutlichsten bei den Jungen widerspiegelt. Weder im Inhalt noch im Stil, sodass man Personen die Zustimmung gibt, die vielleicht dem Stil „cool“, „supercool“, was immer sonst noch entsprechen, aber die Inhalte überhaupt keine Rolle spielen. Es gibt Äußerungen über einen solchen Exponenten, und zwar von Sozialdemokraten: Wir werden ihn wählen, obwohl er der usw. Punkti, Punkti ist. Das ist ein Protest, das ist eine Erosion an Wählern und an Mitgliedern. Die SPÖ hat in den letzten dreißig Jahren einen Rückgang der Mitglieder von 720 auf 250.000. Die Gewerkschaft hat einen Rückgang von 1,6 Millionen auf 1,2. Aber bei denen im nicht geschützten Bereich, weil im geschützten Bereich haben die Mitglieder zugenommen.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Aber was muss man ändern, welche Themen müsste die SPÖ dann ansprechen?

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Ja, wir werden schon noch darauf kommen. Also offenbar ist das Politikangebot „Mehr vom Vergangenen“ nicht zukunftsfähig bei den Menschen. Daher, wie der Herr Dr. Flecker, der Kurt, sagt, nicht einmal – was uns immer abgenommen wurde – die Sozialkompetenz ist mehr hinreichend gegeben, nicht mehr die die Arbeitsplatzsicherungskompetenz, in ganz Europa, und am wenigsten die Wirtschaftskompetenz, nicht einmal in einer Krise. Der Kreisky hat mal gesagt, die SPÖ ist die Partei für schwierige Zeiten und für schlechte Zeiten. Das trifft auch nicht mehr zu. Und im Bildungsbereich haben wir nichts geboten. Im Universitätsbereich haben wir mit den eigenen Studentenvertretern nicht einmal geredet. Und das sind die Beispiele, warum dann auch liberale oder fortschrittliche Intellektuelle, Künstler uns die Gefolgschaft aufgekündigt hat.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Herr Hundstorfer, keine Kompetenzen mehr, zumindest nicht mehr an erster Stelle bei den verschiedenen Kompetenzen, die SPÖ. Beispiel Bildung, da wurde ja offensichtlich einiges vergeigt, wenn selbst der Bundeskanzler sagt, bei diesem Thema, wo die SPÖ tatsächlich viel investiert hat im letzten Jahr, hat man dann die Ministerin im Regen stehen gelassen, wenn es darauf angekommen ist.

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Ja der Befund ist richtig. Wir haben die Bildungsfrage sicher falsch hochgezogen, weil ich glaube da sind wir uns alle einig, dass eine Gesamtschule die Lösung von

vielen Bildungsfragen wäre oder die Grundvoraussetzung von vielen Bildungsfragen wäre. Wir sind uns glaub ich einig, dass wir hier enorm weitermachen müssen. Wir haben durch die Auseinandersetzungen der vergangenen Monate in dieser Frage sicher wertvolle Zeit verloren, dem ist nichts hinzuzufügen. Ich glaube aber, dass wir jetzt dabei sind und ich bin davon überzeugt, dass wir einerseits gelernt haben von der Vergangenheit und andererseits jetzt sehr intensiv uns bemühen, diese Bildungsfragen wiederum hochzubringen.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Aber welche neuen Würfe wird es in nächster Zeit geben. Wenn ich der SPÖ-Spitze so zuhöre in den letzten Tagen, dann hat man den Eindruck, man ist dort der Meinung, das Marketing war falsch, aber nicht die Themen. Das heißt, man muss es besser verkaufen und dann ergibt sich das schon und dann kommt Erfolg wieder.

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Bei der Bildung sind wir uns inhaltlich – glaub ich – sind wir richtig. Es gibt die Bildungsaktivitäten, die von der Ministerin, von der Claudia Schmied, vorgelegt worden sind, sind in Wahrheit sehr begrüßt von der Industriellenvereinigung, sind sehr begrüßt von der Wirtschaft, sind sehr begrüßt auch von fortschrittlichen Wehrkräften.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Aber wenn sie es nicht durchsetzen in der Regierung?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Ich glaub bei Beginn der Aktivität sind einige Fehler passiert und aus denen lernend werden wir das jetzt anders umsetzen.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Wie?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Ja wie, das kann ich Ihnen jetzt durch die Realität des Lebens in ein paar Monaten hoffentlich beweisen, weil wir jetzt anders die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbeziehen, weil wir anders den Lehrkörper, die Lehrer, mit einbeziehen und auch anders die Eltern mit einbeziehen. Wir werden hier Änderungen vornehmen. Das ist jetzt nicht mit Marketing, sondern es geht hier schlichtweg ganz einfach die Menschen hier in dieser Grundsatzfrage mitzunehmen, denn bei der Bildung glaub ich, sind die Konzepte, die am Tisch liegen, anerkannte Konzepte, das sind Konzepte, die sehr konsensfähig sind.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Kantenschleifen – so ein Wort, das in der letzten Zeit über Gebühr gebraucht wird in der Sozialpolitik. Sie haben heute glaub ich schon gesagt, dass die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, wie es die Steiermark gefordert hatte, kommt nicht. Wo wollen Sie Kanten schleifen in der Sozialpolitik?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Ich habe heute schon gesagt, was das Arbeitslosengeld derzeit ausmacht. Ich habe auch gesagt, was wir derzeit ausbezahlen, wir zahlen nämlich im Schnitt derzeit 61 Prozent aus – diese sogenannte Nettoersatzrate –, wir haben Bildungsmaßnahmen

jetzt eingeleitet, wo die Menschen auf fast 100 Prozent kommen – und wir haben noch mit 25 Prozent der Arbeitslosen das Problem, dass wir noch auf diesen 55 Prozent sind. Wir werden uns bemühen und daran setzen, hier weiterzumachen. Ich habe auch nur klargestellt den Vergleich zu Dänemark zum Beispiel, der natürlich immer sehr gerne kommt. In Dänemark muss aber der Arbeitslose die Krankenversicherung vom Arbeitslosengeld bezahlen und dadurch sind die 75 Prozent gleich einmal weniger, das, was bei uns nicht der Fall ist. Wir haben in Dänemark auch ganz andere Zumutbarkeitsbestimmungen. Bei vielen Diskussionen soll man auch ehrlicherweise über das auch reden: Was heißen diese Zumutbarkeitsbestimmungen? Und ich glaube, wir werden hier weitermachen. Wir sind dabei, das Thema ist ja nicht vom Tisch, weil ich sag das überall, die 55 Prozent sind nicht das Gelbe vom Ei.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Ich versuch die ganze Zeit ein wenig etwas Konkretes herauszubekommen, wie sich die Politik der SPÖ in den nächsten Monaten anders geben wird oder anders sein wird. Herr Flecker, Tálos hat gemeint, die SPÖ sei eine politikverwaltende Partei geworden – ein schönes Wort. Was, vielleicht jetzt wirklich mal konkret, was sollte Ihrer Ansicht nach passieren? Oder man kann ja auch sagen, es muss vielleicht gar nichts passieren. Welche Meinung haben Sie da? Was müsste passieren in den nächsten Monaten, damit die Partei da wieder Fuß fasst?

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDES RAT IN DER STEIERMARK:

Schauen Sie zum einen, ich nehme den Ball auf von Minister Hundstorfer, der im ersten Statement sagt, die Finanzierung des Sozialstaates muss gesichert bleiben, aber ein richtiger und wichtiger Rettungsanker für diejenigen, die durch die Krise am meisten betroffen sind, nämlich für die Arbeitslosen, geht aus finanziellen Gründen nicht, wie die Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Ich nehme auf die Fragen der Bildungspolitik. Der Bundeskanzler hat irgendwo vor ein paar Tagen mal gesagt, wir sind am Anfang der Bildungsreform. Ich meine, wenn der Anfang so weitergeht, wie wir seinerzeit die Claudia Schmied, die ja an sich aus meiner Sicht eine Politikerin ist, die durchaus Konzepte durchdenken kann, so im Regen stehen lässt, wie das der Bundeskanzler gemeinsam mit dem Vizekanzler gemacht haben, dann brauch ich keine Parteifreunde mehr. Und es ist nicht erkennbar, und das meine ich, ich muss doch in der Lage sein, von der Partei her eine Bildungsreform vorzuschlagen, und sie dann verhandeln mit dem Koalitionspartner. Aber was meint der Parteivorsitzende? Er sagt, wir gehen jetzt die Bildungsreform an. Jetzt wird im stillen Kämmerlein mit der ÖVP irgendetwas diskutiert, und dann kommt irgendein, so wie die ÖVP kein schäbiger Kompromiss raus, der die Handschrift der ÖVP zeigt und plötzlich sind wir alle zufrieden. Wenn ich nie den Unterschied herauskehre, wenn ich nicht unterscheidbar bin, frage ich mich, wie soll ich jemandem erklären, die SPÖ zu wählen, vor allem jungen Menschen, wenn ich nicht sage, was ich überhaupt will.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Also mehr auf den Tisch hauen?

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDES RAT IN DER STEIERMARK:

Wo der Hauptakteur in der Regierung der Vizekanzler ist, das ist eine Situation, die nicht auszuhalten ist.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Noch ganz kurz, ich möchte den Herrn Androsch noch fragen: Sozialthemen. Muss, soll man überhaupt mehr Sozialstaat machen? Ist das die Lösung des Problems? Das wird ja tatsächlich überall in Europa jetzt schon diskutiert, auch in Deutschland. Die Neuausrichtung der SPD geht vermutlich in die Richtung, dass man sich mehr links aufstellt, ist das die Lösung?

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Noch einmal, alle die Beispiele und alle die Notwendigkeiten zeigen, erklären nicht das europäische Trendproblem, wobei wir die letzten fünfzehn Jahre innerhalb Europas zurückgefallen sind gegenüber anderen vergleichbaren Staaten, wie die OECD uns vor dem Sommer ins Stammbuch geschrieben hat.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

In Sachen Bildung meinen Sie jetzt?

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

In Sachen Bildung, in Sachen wirtschaftliche Entwicklung und jetzt zu Ihrer konkreten Frage. Der Wohlfahrtsstaat ist die große Errungenschaft und für den hat die Sozialdemokratie erfolgreich gekämpft des 20. Jahrhunderts. Aber wenn wir ihn überfordern, wenn wir ihn in Finanznotstand kommen lassen ... Weil nur zu sagen, das Geld muss her. Was man nicht erwirtschaftet, kann man – tut mir leid – nicht verteilen ... wird man nicht die Glaubwürdigkeit finden, dass man das auch in der Lage ist, zu tun. Noch mehr Leute in die Frühpensionierung, noch mehr Leute in die Invaliditätsrente, noch mehr Akzeptanz von Krankenständen, die nicht real sein können, das ist ja nur ein Beispiel.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Die ÖBB wollte das.

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Was man bei der ÖBB erlebt hat, bitteschön, was heißt denn 28? Und es gibt Fälle, ich will sie jetzt gar nicht nennen, wo das noch sehr viel höher ist. Der muss ja pausenlos die Cholera und die Pest zugleich gegeben sein. Das kostet alles Milliarden, die uns für die Zukunftsgestaltung im Bildungsbereich fehlen. Und im Bildungsbereich, ist schon richtig, die Claudia Schmied hat das couragiert höchst überfällig nach fünfzehn Jahren, wo das wirklich sträflichst vernachlässigt wurde, probiert. Sie ist aufgelaufen bei der Lehrgewerkschaft. Und da hat man sich gefragt, wieso bei zwei Stunden? Ich bin inzwischen draufgekommen. Der Stundenplan wird in fünf Fällen so gemacht, dass nur vier Tage die Lehrer in der Schule sein müssen. Das wäre sich mit zwei weiteren Stunden nicht mehr ausgegangen. Ja bitte, das kann es doch nicht sein! Und die Folge sind die PISA-Ergebnisse, die immer schlechter werden. Und wo haben wir sie unterstützt? Und nicht nur, lieber Kurt, am Faymann ausreden, wo hat die Claudia Schmied so großartige Unterstützung aus den Landesparteien bekommen? Und das Gleiche haben wir im Krankenkassenbereich, das Gleiche haben wir bei den Spitälern. Ihr habt das ja erlebt. Jetzt habt Ihr eine Legislaturperiode hinter Euch, also brauchen wir zwei nicht über die Spitalsreform in der Steiermark zu reden. Weil es ist nicht nur ein steirisches Problem. Da werden unnötig Milliarden ineffizient verschwendet.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Herr Flecker, ganz kurz, weil Sie auch angesprochen waren. Mehr Wohlfahrtsstaat

kann es auch nicht sein, sagt Hannes Androsch. Das kostet einmal viel Geld und dann ist auch immer die Frage, ob es die Richtigen trifft sozusagen.

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Ja, da bin ich nicht seiner Meinung. Bei vielem bin ich seiner Meinung interessanterweise, aber da bin ich nicht seiner Meinung. Weil ich meine, dass wir soziale Notwendigkeiten, ich rede nicht von den Krankenständen, die Du erwähnt hast, oder so etwas, aber ich muss zum Beispiel Menschen bei einer derartig hohen Arbeitslosenanzahl die Chance geben, in einem halbwegs normalen Standard weiterleben zu können und so weiterleben zu können, dass sie nicht das Haus verkaufen müssen, die Wohnung verkaufen müssen oder ausziehen müssen und ein ganz anderes Leben anfangen müssen. Wenn ich schon davon ausgehe, dass sich die Konjunktur wieder erholt. Ich habe ja nichts dagegen, dass in die Wirtschaft Geld geht. Das war ja auch richtig, aber ich muss die gleichen Notwendigkeiten sehen, die in die soziale Absicherung der Menschen geht. Dass die eine Partei oder jemanden sehen, der sich um sie kümmert, und das wird nicht gesehen.

HANNES ANDROSCH, EHEMALIGER VIZEKANZLER:

Darf ich?

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Kurz ja.

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Zwischenfrage, da folge ich dir, aber eine Zwischenfrage: Wenn wir steigende Arbeitslosigkeit haben, wie erklärt sich dann, dass im österreichischen Tourismus 70.000 Deutsche beschäftigt sind; wie erklärt sich, dass wir nach wie vor 100.000 illegal im privaten Pflegebereich haben? Auf der einen Seite haben wir die Arbeitslosen, die steigenden, und auf der anderen Seite kommen wir ohne Gastarbeiter und Zuwanderer nicht aus und haben deswegen auch noch das politisch brisante Problem mit den Zuwanderern, wo man also bequem auf Fremdenfeindlichkeit machen kann. Da stellen sich doch Fragen, warum wir das nicht lösen können.

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Darf ich dazu nur das eine sagen: Beim Pflegebereich lässt sich das leicht beantworten, Hannes. Du weißt, dass wir mit der 24-Stunden-Betreuung zwar versucht haben, diese Form der Betreuung zu legalisieren, aber es geht weiter alles am Schwarzmarkt. Und der Betroffene kann es sich anders auch gar nicht leisten. Was wir da gebaut haben, war ziemlicher Pfusch. Und im Tourismusbereich, du kannst nicht die Leute zum Kellnern und zu Arbeitsbedingungen zwingen, die einfach zum Teil nicht zumutbar sind, oder Du musst so gut zahlen, weil da funktioniert das marktwirtschaftliche Gesetz nicht. Das sind ja auch Unternehmer, die die Leute von irgendwoher holen, weil sie billiger sind. Aber im Tourismus hast Du nur mehr die Chance mit Saisonjobs.

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Aber die 70.000 Deutschen kommen doch nicht aus der Türkei, aus Afrika, die kommen aus Deutschland, aus Bremen, aus Baden-Baden, wo immer Du willst.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Herr Hundstorfer, das waren jetzt zwei Entwürfe, unterschiedliche Entwürfe, entgegengesetzte Entwürfe. Wo stehen Sie da, in der Mitte, zwischen beiden Stühlen, wie die SPÖ im Allgemeinen derzeit?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Nein, nein, ich bemühe mich, mich da nicht zwischen zwei Stühle zu setzen, sondern auf einen Stuhl, Punkt eins. Und Punkt zwei möchte ich versuchen, für ein paar Dinge noch ein bissl einen Hintergrund zu liefern. Wir haben zur Stunde in Tirol 2.000 Lehrlinge aus Sachsen-Anhalt, die kein Problem haben, in Tirol im Tourismus eine Ausbildung zu machen. Es sind 2.000, das sind offizielle Lehrverträge, es wird offiziell bezahlt, es wird alles eingehalten. Und wir kontrollieren das auch relativ intensiv. Wir haben in Tirol die Situation, ich hab mehr offene Lehrstellen als Lehrstellensuchende. Das ist auch eine Situation, aber ich bringe niemand aus Oberösterreich nach Tirol. Es ist so. Aus vielen Gründen, ich will das jetzt alles nicht bewerten. Es ist so. Ich möchte nur zur Frage des Arbeitslosengeldes noch etwas dazusagen. Keine Frage, die 55 Prozent sind nicht ausreichend. Das habe ich nie bestritten, aber was tun wir dagegen? Wir setzen dagegen, dass die durchschnittliche Verweildauer in der Arbeitslosigkeit in Österreich gegenüber dem Vorjahr nur um vier Tage gestiegen ist. Wir haben die gleiche Verweildauer wie 2006, wie 2007, die gleiche Verweildauer, haben keine Änderung. Wir haben gegenüber 2008, wo das High-Level war am österreichischen Arbeitsmarkt, nun um vier Tage eine längere Verweildauer heuer. Und wir haben 422.000 Menschen neu vermittelt. Dazugesagt, der Bezug des Arbeitslosengeldes ist nicht dramatisch gestiegen.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Ich möchte ...

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Ich bin gleich fertig. Ich gebe zu, natürlich gibt es Menschen, die wie immer langzeitarbeitslos dann werden, weil ein gewisser Prozentsatz wird das leider immer. Und hier müssen wir gegensteuern. Wobei bei den Kleinstehenden, das heißt, alle unter 1.000 Euro, haben wir heute schon 60 Prozent Arbeitslosengeldbezug.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Ich möchte jetzt trotzdem das große Ganze nicht aus den Augen verlieren. Es geht schon ein bissl um die Frage, auch mehr Wohlfahrtsstaat, weniger Wohlfahrtsstaat. Androsch sagt, sparen bei den Krankenkassen, bei den Strukturen, sage ich jetzt einfach mal. Und das in die Bildung. Wo stehen Sie da? In welche Richtung sollte, und mit Ihnen meine ich jetzt natürlich auch ein bissl die Partei, weil sie doch eine gewichtige Stimme sind, in welche Richtung sollte der Kahn da gehen?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Wir brauchen teilweise einen anderen Wohlfahrtsstaat, weil wir haben zum Beispiel überhaupt keine ausreichenden Antworten bei allen Jungen, die mit atypischen Verträgen leben, die mit All-inclusive-Verträgen leben, hier haben wir zwar einiges noch zusammengebracht in der Vorgängerregierung mit der sozialen Absicherung der Atypischen, aber wir haben nicht die arbeitsrechtliche Absicherung. Wir haben jetzt zumindestens zwei wesentliche Punkte, unter anderem die Arbeitslosenversicherung von atypisch Beschäftigten, zusammengebracht. Wir haben hier für diese jungen Menschen, das ist einer der Gründe, wahrscheinlich

einer der Gründe, warum wir da an dritter Stelle sind im Moment, sicher zu wenig Antworten. Das heißt, wir brauchen für diese Gruppe einen anderen Wohlfahrtsstaat. Weil denen kann ich nicht kommen mit Erhöhung des Pflegegeldes. Was wir gemacht haben, mit 1. Januar um 5 Prozent das Pflegegeld erhöht, das interessiert einen Dreißigjährigen nicht.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Muss ich den anderen aber möglicherweise etwas wegnehmen.

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Ich muss nicht jemand anderem etwas wegnehmen, sondern ich muss auch versuchen, innerhalb des Gesamtsystems, ich bezeichne das jetzt als mehr Gerechtigkeit, innerhalb des Gesamtsystems für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Ich sag das anhand eines Beispiels. Wir müssen, und da bin ich teilweise beim Hannes Androsch, wir müssen sicher in der Gesundheit schauen, wo sind gewisse Ausgaben? Und wenn wir uns in Österreich, ich sage das jetzt hiermit ganz offen und ganz ungeschminkt, wenn wir uns das leisten, pro Jahr um Minimum 150 Millionen Euro unverbrauchte Medikamente wegzuschmeißen, ich rede von unverbrauchten Medikamenten. Das sind diejenigen, die wir zu Hause haben im Nachtkastl, im Badezimmerkastl, wo auch immer. Das ist ein Wert von etwa 150 Millionen Euro, die wir wegschmeißen. Und hier müssen wir ganz einfach ersuchen, alle mitzuwirken. Wenn ich weiß, ich nehme es nicht, dann hole ich es gar nicht ab. Das ist einer der Punkte, ich bin gleich fertig, wo wir auch mitwirken könnten und können, ganz einfach bei der Absicherung des Gesundheitssystems. Weil eins möchte ich noch bemerken. Wir haben das Kassenpaket jetzt beschlossen in der Regierung und da ist die sozialdemokratische Handschrift glaube ich sehr wesentlich, ohne weitere Selbstbehalte und ohne Leistungskürzungen. Und der Ausgangspunkt war ein anderer.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Gut, Herr Androsch, wird das reichen? Hören Sie da einen großen Wurf heraus?

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Ja, schauen Sie. Dass ich nicht missverstanden bin, ich bin für einen besseren und effizienteren Wohlfahrtsstaat, damit genug Spielraum bleibt für die Zukunftsaufgaben. Ich kann nicht akzeptieren, dass wir immer früher in Pension gegangen wird und immer weniger für die Zukunft in die Kinder tun. Als das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz 1955, sozusagen die Säule unseres Wohlfahrtsstaats, die Hauptsäule, beschlossen wurde, hatten wir eine Sozialquote von 15 Prozent. Heute haben wir eine von 30 Prozent und wir drohen, den Wohlfahrtsstaat zu gefährden. Und im Übrigen tun wir das zulasten unserer Kinder und unserer Enkelkinder, und sie werden uns anklagen deswegen. Mit Recht, weil wir sie vernachlässigen.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Hackler-Regelung, ist es das?

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Ja, das ist schon ein legaler Missbrauch. Die riesige Zahl der Invaliditätsrentner, für die das nicht zutrifft. Wenn einer krank ist, soll er in den Krankenstand gehen, wenn einer wirklich invalid ist, gehört er in die Invalidität, aber dass wir die Leute in die

Pension seit Jahren drängen, in die Frühpension drängen, dass wir 9.000 Leute bei der Post garagiert haben, sozusagen wie ein künstliches Mariental aus den 30er-Jahren, sie werden bezahlt. Das kann ja nicht sein, das ist ein dienstrechtliches Problem, dass man nicht 150 Monteure von der Telekom zur Bahn bringen kann, weil das ist Fremdverwendung. Wird blockiert.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Kurze Replik darauf, bevor ich ein anderes Thema anschneide. Gerade die SPÖ ist ja so darauf erpicht, dass diese Regelung ausläuft, bleibt zumindest, dass sie zumindest jetzt nicht geändert wird vor 2013. Glauben Sie, weil Sie auch das Wort Gerechtigkeit vorhin einmal angesprochen haben, glauben Sie, dass das noch als gerecht empfunden wird in der Bevölkerung, diese Regelung, die ja nachweislich nur mehr die wenigsten Hackler, wirkliche Hackler, in Anspruch nehmen?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Ein Drittel derjenigen, die in Pension gehen, sind Hackler, sogenannte Hackler. Zwei Drittel kommen aus den Angestellten, wobei wir die größte Steigerung im Moment haben aus dem Bereich der Bauern.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Gut, aber ...

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Punkt eins. Punkt zwei wir werden, nachdem es ein Fünf-Parteien-Antrag im Österreichischen Nationalrat war, die Verlängerung bis 2013 war ein einstimmiger Beschluss. Wir werden, oder ich zumindestens, meine Position ist, bis 2013 eine Neuregelung vorzuschlagen.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Warum nicht früher? Wenn man davon überzeugt ist, dass es etwas falsch ist, warum ändert man das nicht vorher?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Ich glaube, weil es politisch nicht zumutbar ist, einem Geburtsjahrgang '52 jetzt zu sagen, im Jahr 2009, du bei dir ist jetzt alles anders. Ich glaube, es ist zumutbar bei jemandem, der 1954 geboren ist, zu sagen, bitte bei dir beginnt eine andere Regelung. Ich glaube, das ist zumutbar. Ich darf bei der I-Pension nur eines klarstellen ...

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Bei der Invaliditätspension.

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Bei der Invaliditätspension. Die durchschnittliche Pension einer Frau, die mit der Invaliditätspension in Pension gegangen ist, beträgt derzeit durchschnittlich 650 Euro. Und ich glaube, wir sind uns einig, dass jemand, der 650 Euro Pension bekommt, nicht flüchtet aus dem Erwerbsleben, der nicht sagt, ich haue ab. Bei 650 Euro kann ich es mir nicht vorstellen. Bei den Männern ist es etwas besser, da sind wir knapp bei 1.000 Euro, aber nur knapp. Das heißt, die Invaliditätspension wird aber jetzt auch von mir reformiert in die Richtung, dass wir uns mehr um Rehabilitation kümmern, mehr versuchen, die Menschen zu rehabilitieren. Das

passiert derzeit nur bei denen, die jünger als vierzig sind, und hier bemüht man sich, sie zu rehabilitieren. Wir werden das jetzt ausdehnen und ausbauen, denn ich glaube, man kann hier mit der Rehabilitation viel auffangen, aber gewisse Krankheitsbilder werden wir weiter haben.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Anderes Thema. Die Integrations- und Ausländerpolitik. Das bearbeitet eine Partei, ausschließlich muss man fast sagen, an die die SPÖ die meisten Stimmen verliert derzeit, ich rede von den Freiheitlichen. Da gibt es jetzt auch schon wieder die Diskussionen der SPÖ, wohin man da gehen sollte in Wahrheit. Wenn man sich die ganzen Meinungen ansieht, bietet die SPÖ da ein Bild eines Hühnerhaufens. Man findet wirklich alles dabei. Wie sollte man sich da positionieren, Herr Flecker?

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Ja, ich glaube grundsätzlich wäre ich ja mit dem zufrieden, wenn wir heute mit dem abschließen, was der Emmerich Tálós gesagt hat. Das, was wir da an Reflex haben, nämlich SPÖ verliert, FPÖ gewinnt, sofort ist der Reflex da, die Politik, die Integrationspolitik, die Asylpolitik ist schuld dran. Und dann helfen wir nach. Jetzt kriegen wir sogar eine Linie, habe ich gehört – was ja gut wäre –, aber wenn ich dann dazuhöre, die Linie basiert auf Ordnung und Gesetzen, da ist schon in der Wahl der Sprache herauszuhören, was das wird. Die FPÖ spielt, und zwar sehr schändlich, auf diesem Klavier, aber es ist nur ein Instrument. Wir werden dort als Schmiedl nie landen, außerdem ist es inhuman, sondern, wenn wir ein glaubwürdiges soziales Profil haben, dann stellt sich eine Hetzpolitik der Freiheitlichen in keiner Weise so heraus, weil die landen ja vor allem deswegen, weil die Leute irgendwelche Schuldigen brauchen für ihre Ängste. Und das ist leicht. Ich kann ja nicht sagen, dass alle, die jetzt die Freiheitlichen wählen, alle Rassisten sind in Österreich. Das wäre ja völlig falsch, sondern wir bieten keine Alternativen humaner Natur und lassen die FPÖ mit dem Schwarz-Weiß-Malen im wahrsten Sinne des Wortes am Markt.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Aber ist nicht das Problem, dass eben gar keine Linie da ist? Also wenn schon, sollte man da irgendetwas begründen, egal in welche Richtung?

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Meiner Meinung nach muss ich zwei Schienen fahren. Die eine Schiene ist die, dass ich in die Bildung zu investieren habe, dass ich die sozialen Unterschiede so schnell wie möglich beseitige. Ich muss den jungen Menschen eine Chance geben. Sie dürfen sich nicht hoffnungslos sehen. Dazu braucht es aber auch mehrere Lehrer, als wir sie zurzeit haben. Und die müssen wir aufreiben. Die müssen wir beschäftigen. Das ist die Seite Bildung und noch einmal Bildung.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Also nicht die harte Tour, sage ich jetzt mal, ich fasse das mal unter diesem Stichwort jetzt zusammen, wie die FPÖ das will ...

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Nein, Hilfe – den Leuten eine Chance geben. Das ist die Integrationspolitik. Die zweite Seite ist die Asylpolitik und die Asylpolitik kann doch nicht hauptsächlich darin bestehen, so wie es die Frau Flecker macht, dass von jedem, der reinkommt, von

Vornherein angenommen wird, dass er kriminell ist. Sondern da soll es schnelle Verfahren geben, korrekte Verfahren geben und nachvollziehbare Verfahren geben. Und es ist auch nicht korrekt, wenn Leute, die seinerzeit zu Recht Asyl bekommen haben, weil sie aus dem Kosovo geflüchtet sind, jetzt zurückgeschickt werden in ein Land zurzeit ohne Hoffnung, obwohl sie sich bei uns bereits integriert haben und die Leute alle sagen, wir kommen mit denen bestens aus, die haben einen Job, und man fährt da die harte Linie. Keine SPÖ, niemand auf der Bundesebene regt sich über so was mehr auf. Ich halte das für unerträglich.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Herr Hundstorfer, die SPÖ spürt offenbar, dass sie da einen Nachholbedarf hat, weil es gibt eine Arbeitsgruppe, die allerdings jetzt ein ganzes Jahr lang daran arbeitet, ein neues Konzept zu erarbeiten. Die erste Frage, die einem sofort natürlich einfällt, ist: Wieso arbeitet man ein Jahr jetzt dran, wieso geht das nicht in zwei Wochen? Und die zweite Frage: Wohin soll Ihrer Ansicht nach, ja, die Reise gehen?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Punkt Eins: Die Arbeitsgruppe wird etwas rascher sein als dieses eine Jahr, aber Sie wissen, wir haben nächstes Jahr Parteitag und bei diesem Parteitag ...

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

... der ist im Herbst ...

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

... ja – gibt es natürlich einen Leitantrag Integration und Migration. Das ist einmal das eine. Das Zweite ist: Ich glaube wir haben – leider – eine totale Vermischung emotional in der Gesellschaft zusammenbekommen. Wir haben durch die irrsinnig langen Asylverfahren, die ja unter Schwarz-Blau begonnen haben sehr lang zu dauern, haben wir das eine Problem, ja? Hätten wir rasche Verfahren, dann hätten wir rasch Klarstellung und hätten rasch die Situation: Wie geht es weiter? Das ist das eine. Das Zweite ist: Den größten Zuzug in Österreich die letzten zwei Jahre haben wir in Wahrheit aus der Bundesrepublik, da sind wir das Einwanderungsland geworden. Wir haben keinen Zuzug aus der Türkei, wir haben keinen wirklichen Zuzug aus dem Balkanraum, der wirkliche Zuzug in Österreich findet in Wahrheit statt aus der Bundesrepublik. Das auch einmal zur Klarstellung. Was noch das Thema ist und unser wirkliches Thema ist, ist die Frage der Migration. Das sind diejenigen, die ganz offiziell legal da sind, österreichische Staatsbürger sind, und wo wir jetzt damit konfrontiert sind, dass ein Teil derer nicht sich so integriert, wie wir gemeint haben, dass es passiert. Einerseits haben wir die Menschen alleine gelassen, haben sie in der Bildung alleine gelassen, da bin ich auch mit dem Kurt Flecker. Wir haben sie alleine gelassen in ihrem, quasi in ihrem Dasein, und da glaube ich, das ist der massivste Punkt, wo wir ansetzen müssen. Weil natürlich hier Ängste da sind, Situationen da sind, wenn jemand, der österreichischer Staatsbürger ist, aber halt nicht einen Vornamen hat, der mir geläufig ist, sondern er hat einen anderen Vornamen, der aus dem Islamischen kommt und der wohnt über mir im Gemeindebau, und da sind auf einmal fünf Kinder da, wird es ein massives Integrationsproblem, wenn wir uns nicht, wenn wir uns hier nicht bemühen, miteinander hier Dinge weiterzuentwickeln, wie es – und da bin ich ein bisschen nicht mit Kurt Flecker – wir haben gerade in Wien zum Beispiel eine Reihe von Programmen laufen, die nicht so schlecht sind.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Gut. Da wollte ich einhaken. Erlauben Sie mir eine Zwischenfrage: Sie sind ja Wiener, werden auch schon als nächster Bürgermeister gehandelt. Was konkret – es gibt Wahlen nächstes Jahr – können Sie mir vielleicht einen, zwei Punkte sagen, was konkret wollen Sie in dieser Sache tun? Oder sehen Sie keinen Handlungsbedarf?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Nein, da gibt es genügend Handlungsbedarf, und ich glaube, man braucht jetzt nur täglich die Zeitung aufschlagen, was sich hier die Stadtverwaltung bemüht, nicht zu verwalten, sondern die Stadtverwaltung bemüht, aktiv zu gestalten. Das fängt an beim „Mama, lernen wir Deutsch!“-Kurs und endet dahingehend, dass ich zum Beispiel veranlasst habe, beim AMS, wo wir zusätzliches Personal aufgenommen haben, dass wir Mitarbeiter mit Migrationssprachen auch aufnehmen, aktiv aufnehmen, um zum Beispiel, wenn eine Kundin kommt, die ursächlich einmal aus der Türkei gekommen ist, damit mit dieser Kundin, die teilweise Sprachschwierigkeiten hat – deutsche Sprache, meine ich –, dass mit dieser Kundin in ihrer Landessprache gesprochen wird, aber vom AMS-Mitarbeiter oder Mitarbeiterin und nicht über den mit anwesenden Sohn oder mit anwesenden Ehemann. Das ist einer der Punkte, wo wir sicher in der Vergangenheit gewisse Dinge, ja, versäumt haben, ganz offen gesagt. Aber ich glaube, hier hat man sehr rasch gegengesteuert oder sehr rasch es doch erkannt, es gibt ...

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Sie glauben, das reicht so.

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Das wird nicht reichen. Es geht ja nicht darum, ob es reicht. Ich glaube, das Wichtigste ist jetzt einmal: Wir tun es. Wir haben Spielregeln, wir haben, glaube ich, das Zusammenleben, das Miteinander, das bedarf Spielregeln ...

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Gut. Ich muss ein bisschen auf die Zeit schauen.

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Ich bin gleich fertig. ... bedarf Spielregeln und an denen müssen wir jetzt weiter arbeiten und ich glaube, das Wichtigste ist, dass wir es überhaupt tun.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Herr Androsch, hat die SPÖ da ein Problem in irgendeiner Form oder sagen Sie, man soll sich da auch nicht aufhetzen lassen oder vor sich her treiben lassen von den Freiheitlichen.

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Wiederum: Wir haben ein Problem, damit hat auch die SPÖ ein Problem und es ist ein europäisches Problem, das ist nicht auf Österreich beschränkt. Aber zunächst eine Bemerkung zu dem viel kleineren Problem der Asylanten. Das sind etwa 24.000, davon sind ein Drittel höchst problematisch, weil sie es missbrauchen – ich will das nicht weiter ausführen. Und zwei Drittel sind überhaupt kein Problem. Ich habe selbst mich für eine Familie jahrelang bemüht, bis endlich die Bewilligung, die Aufenthaltsbewilligung, die stellt dann die Landesregierung aus – das ist ein Grazer Fall – genehmigt wurde. Viel früher habe ich eine bosnische Familie selbst betreut

und hereingebracht. Was hier für die zwei Drittel, von denen ich sprach, die in Ordnung sind, die längst schon integriert sind, aber nicht so behandelt wurden, ist ein Unfug, ist Folterei, ist ein Skandal. Aber das größere Problem ist die Migration. Wir haben ungefähr 10 Prozent der Bevölkerung über die Jahrzehnte Zuwanderung gehabt, und mit Familie. Wir haben sie eingeladen, wir haben sie gebraucht. Wir haben sie mit Blumen empfangen. Und wir brauchen sie heute auch noch und wir werden sie in Zukunft bei unserer Altersstruktur erst recht brauchen. Aber: Wir haben die Migration zugelassen, aber zu wenig für die Integration getan und das konzentriert sich – man kann es geradezu auf Wahlsprengel, etwa in Wien, festmachen – in bestimmten Bezirksteilen. Und um diese Integration haben wir uns zu wenig bemüht, nicht nur der Kinder, wegen zu wenig Lehrer – angeblich haben die keinen Job gekriegt noch im Frühjahr nach Lehrgewerkschaft und jetzt haben wir zu wenig Lehrer. Also entweder haben sie damals einen Schmah erzählt oder kennen sie sich im eigenen Bereich nicht aus, außer dass sie das Wort Bildung und Schüler in ihrem Wortschatz sowieso gestrichen haben. Aber das war eine Nebenbemerkung zu dem, was ich dazu mir schon erlaubt habe, zu sagen.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:
Sie sagen: Da muss man was tun.

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:
Das ist ein Problem, das kann man nicht leugnen, aber nicht in der Form, abgesehen von der inhumanen Weise, aber auch rein aus ökonomischen Gründen, also nicht nur aus humanitären, sind die xenophoben Vorschläge und Antworten keine Lösung. Ich darf – war heute zwar schon im Morgenjournal, aber möchte es noch einmal bei der Gelegenheit zitieren, was der Kreisky '73 dazu öffentlich gesagt hat: „Es darf daher nur so viel Gastarbeit in Österreich geben, als wir ihnen auch lebenswürdige Bedingungen bieten können, ...“, dazu gehört ganz besonders die Schule, aber nicht, dass nur mehr denn ein, zwei Kinder von Österreichern sind – das war meine Einfügung –, „... ohne dass wir Österreichern dadurch die Lebensmöglichkeiten einengen.“ Da müssen wir sicherlich mehr tun, und dazu gehört, dass wir endlich, weil wir da rückständig sind wie nur irgendetwas, Ganztagsbetreuungseinrichtungen haben, flächendeckende. Das wird auch dazu führen, dass wir weniger teilzeitbeschäftigte Frauen haben – was sollen die Mütter sonst machen? –, dass wir noch immer nicht flächendeckend Ganztagschulen haben. Das ist woanders in Frankreich schon nach dem Krieg Selbstverständlichkeit, in Skandinavien, Niederlanden. Wir leben hier in der Steinzeit in diesen Bereichen. Das müssen wir tun.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:
Es muss was passieren. Die Frage – vielleicht kurze Antwort darauf – ist halt immer: Wird die SPÖ dann nicht immer, wenn sie sich sozusagen ein bissl, um in diesen Begriffen zu bleiben, nach rechts begibt, immer von den Freiheitlichen vor sich hergetrieben werden?

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:
Ich bin ja nicht dafür, dass sie nach rechts geht, sondern dass sie das Problem glaubhaft für die betroffenen Menschen – „dadurch die Lebensmöglichkeit nicht einengen“ – was tut. Die Rechten sind keine Antwort auf die Problematik, weil wir

brauchen die Zuwanderung und die Tarnungsaktivität der ÖVP mit der Asylantenfeindlichkeit ist um nichts besser.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Gut. Verteilungsgerechtigkeit – ein großes und wichtiges Thema für die Sozialdemokratie. Bei diesem Bankenhilfspaket kommt das immer wieder zutage, wo die SPÖ, wie überhaupt alle sozialdemokratischen Parteien natürlich in Europa, diesen Bankenhilfspaketen immer und überall zugestimmt haben. Es grassiert aber in der Bevölkerung so ein wenig das Gefühl: Den Banken hilft man schnell und üppig, aber anderswo, sozusagen die einfachen Leute, bekommen oder zahlen die Zeche für diese Krise. Diese mangelnde Gerechtigkeit, die zumindest in den Köpfen der Menschen drinnen ist: Was können Sie dagegen tun oder was tun Sie dagegen?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Punkt Eins: Einmal aufklären, was das Bankenhilfspaket wirklich heißt, dass Banken nichts geschenkt wurde und nichts geschenkt wird, dass es da Spielregeln gibt, die da sind, die gehen bis zur Verstaatlichung von Anteilen, wenn die Banken das nicht zurückbezahlen. Und alleine die Übernahme von Haftungskapital ist ja auch nicht geschenkt, ich kann da als ehemaliger ÖGB-Präsident mitreden. Da war die Staatshaftung, die die Republik Österreich der BAWAG gegeben hat, alles andere also umsonst. Das hat relativ viel gekostet und war nicht billig, was auch okay ist. Das muss man mal aufklären als Punkt Eins. Punkt Zwei, glaube ich, das ist der Punkt, den ich ganz am Anfang versucht habe darzustellen. Es geht schlichtweg darum, dass wir jetzt durch eine WIFO-Studie bestätigt haben: Wir sind bei Ausgaben relativ verteilungsgerecht, relativ sozial und zinssicher. Dass es da oder dort mehr sein könnte, wie beim Arbeitslosengeld, über das brauchen wir nicht diskutieren, da sind wir uns einig. Das Hauptproblem ist die Verteilungsgerechtigkeit bei den Einnahmen und das ist ein Punkt, den wir sicher sehr massiv weiter diskutieren müssen.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Ich muss ein bisschen abkürzen: Es geht um das Gefühl, dass die Leute offenbar glauben, dass die, die die Krise nicht verursacht haben, dafür bezahlen, deswegen auch diese Diskussion um Vermögenssteuern, die Diskussion ...

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Naja, das habe ich ja genau vor einer halben Stunde schon gesagt: Die, die schon einmal bezahlt haben, dürfen nicht zweimal zahlen. Das ist ein ganz klarer Standpunkt, den gibt es von mir seit Jänner diesen Jahres, der hat sich nicht geändert und wird sich nicht ändern.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Warum keine Vermögenssteuern, wie sie der Herr Flecker fordert?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Es geht um ... Na, wir diskutieren über vermögensbesteuernde Elemente, es ist ja nicht so, dass wir darüber nicht diskutieren. Wir diskutieren bitte von Börsenumsatzsteuern europäischer Art, Börsenumsatzsteuern nationaler Art ...

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Es wird diskutiert, aber es kommt vorerst mal nichts.

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Noch einmal: Wir sind uns aber auch einig, wir sind uns einig in der Koalition – und das können Sie uns jetzt als Vorwurf oder nicht als Vorwurf machen – wir sind uns einig in der Koalition: Jetzt schauen wir, dass wir die Krise bekämpfen, jetzt schauen wir, dass wir die Jobs absichern und, und, und. Das ist jetzt einmal unser Ziel.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Gut.

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Und vollkommen klargestellt: Die Sozialdemokratie ist, glaube ich, hier vollkommen einer Sprache: Die Menschen, die jetzt einmal bezahlt haben, können nicht die sein, die ein zweites Mal zahlen.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Herr Flecker, vorerst kommt nichts in diesem Bereich, wo Sie so viel verlangen. Wie sehen Sie das? Ich würde bitten, ein bisschen kürzer jetzt die Antworten.

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Ja. Ich sehe es fürchterlich. Also, ich glaube, mit einem Medikamenten-Sharing werden wir wahrscheinlich nicht die Sparressourcen erfüllen, die man erwartet. Wir werden Einnahmen brauchen, die Einnahmen sind ein Mittel der Verteilungspolitik und da ist von der Bundespartei bisher nur ein „Njet“ gekommen und das Ruhighalten in der Koalition wird zwar ein konfliktfreies Leben in der Koalition bringen, aber keineswegs ein konfliktfreies Leben in der Partei. Und das wird weiterhin ausgelebt werden.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Ganz kurz noch Sie, Herr Androsch. Verteilungsgerechtigkeit – passiert da genug?

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Das ist immer eine Aufgabe, aber für die eben gilt, dass man nur verteilen kann, was man erwirtschaftet. Und erst recht gilt das für Umverteilung. Und was man nicht erwirtschaftet, kann man nicht verteilen und umverteilen. Und da muss man sich schon auch die Frage stellen: Warum kommt die Schweiz aus mit einer Steuerbelastungsquote und Sozialbelastungsquote von 30 Prozent und hat eine wesentlich bessere Performance in allen möglichen öffentlichen und öffentlichen Versorgungsbereichen, von Post über Telefon, über Bahn, über Autobahnen, über Universitäten, was Sie wollen, und wir können das mit 43 Prozent nicht. Die Frage muss man ja mal sich stellen und beantworten. Und da haben wir vieles zu tun, um auf die Effizienz der Schweizer zu kommen. Und nicht sagen: Das geht uns alles nichts an und vielleicht tun wir die Steuerquote von 43 noch erhöhen. Wir haben eine Steuerprogression in der Lohnsteuer und Einkommenssteuer, wo man bei 1.180 Monatseinkommen schon mit 36,5 Prozent einsteigt. Das ist woanders der Spitzensteuersatz.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Ich fasse zusammen: Das heißt also neue Steuern, auch neue Vermögenssteuern oder Steuern auf Vermögen ...

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Ja, man kann es schon, nur wird man das Wachstum damit umbringen und erst recht die Arbeitslosigkeit steigern und man wird in den öffentlichen Haushalten eine Katastrophe erleben, in einzelnen Gemeinden, bei manchen Ländern und beim Bund selber auch. Und mit Ausgliederung von Bahn, Post und Immobilien wird das nicht mehr gehen, das hat man vor ein paar Jahren getan.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Ich möchte zum Ende der letzten fünf Minuten schon noch mal den Kreis machen und auf die Personen kommen. Wir haben jetzt analysiert: Es gibt Defizite im Programm, das haben Sie auch – in der Programmatik, sagen wir mal so –, und das haben sie auch zugegeben. Aber sind Programm und Personen immer zu trennen? Sie, Herr Flecker, haben vor drei Tagen, glaube ich, was gesagt: Es müsse sich irgendwann einmal auch der Parteivorsitzende selbst evaluieren. Dem Satz ist herauszuhören, ziemlich eindeutig, dass Sie ihn für den falschen Mann halten an der Spitze, der diese Parteikrise bewältigen könnte. Ist das so, würden Sie neues Personal sich wünschen?

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Nein, ich habe ihm geraten, sich selbst zu evaluieren. Damit habe ich ihn nicht zum Rücktritt aufgefordert, sondern habe gehofft, dass er das selber erkennt.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Und haben Sie den Eindruck, dass er das tut?

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Nein.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Und würden Sie glauben, es sollten andere da sozusagen jetzt ran? Den Kahn steuern?

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Schauen Sie, es kann nicht so gehen, wie es gelaufen ist mit dem Alfred Gusenbauer. Den hatte gerade jene Gruppierung, die heute zum Teil in der Regierung sitzt, auf sehr, sehr rüpelhafte Art und Weise rausgeschmissen, haben ihm echte Chancen auf einen Kommissar verhaut, weil der Posten verschachert worden ist, und wollen jetzt den Schutz des längeren Sitzens auf dem Posten. Ich bin nicht dafür, dass das sofort geschieht, aber ich kann nicht mich durch die Gegend lachen, bei einem Begräbnis kommt das nicht gut an. Und das, glaube ich ... ich glaube, da sollte man nachdenken.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Also, um in Ihrem Bild zu bleiben: Er fährt den Kahn an den Felsen?

KURT FLECKER, EHEM. SOZIAL- UND KULTURLANDESRAT IN DER STEIERMARK:

Ja, er sieht die Wand nicht. Habe ich gesagt, da gehört, wenn man die Wand nicht sieht, dann muss der Führerschein entzogen werden.

HANNES ANDROSCH, FRÜHERER VIZEKANZLER:

Da habe ich eine rhetorische Frage, da war der Werner Faymann noch nicht

Parteivorsitzender: Wieso hat die SPÖ in Graz den Bürgermeister verloren und wer hat sich dabei evaluiert? Davon habe ich noch nichts gehört. Und das Beispiel von zehn Vorsitzenden in der SPD ist auch nicht gerade ein Argument für deinen Standpunkt.

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Wir haben nur noch zwei Minuten. Sie sind dagegen, Sie haben das eh mehrfach schon gesagt, dass man Personal ansetzt. Jetzt frage ich noch den Herrn Hundstorfer: Programm und Personal, ist das so leicht zu trennen?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Grundsätzlich ist eben das Wichtige das Programm. Ich kann dem Kurt Flecker in keiner Sekunde hier wirklich folgen, weil ich glaube, dass wir uns alle gemeinsam jetzt einmal programmatisch bei ein paar Punkten wirklich gemeinsamst am Riemen reißen müssen, weil wir haben – das ist jetzt überhaupt keine Ausrede –, wir haben ein paar Punkte, wo wir weggeschaut haben, wir haben in Oberösterreich ein paar Regionalergebnisse, wo mir im Februar schon gesagt wurde, wie das Wahlergebnis sein wird, und ich habe sogar noch in einer Stadt massiv versucht, mitzuhelfen, gegenzusteuern ...

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Aber dann reden wir mal nicht vom Parteivorsitzenden. Muss anderswo vielleicht Frischblut ein wenig den Kahn flottmachen? Bundesgeschäftsführung?

SOZIALMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER:

Wir müssen uns generell natürlich am Riemen reißen. Es geht mir jetzt nicht darum, ein paar Personen austauschen, sondern es geht schlichtweg darum, ein Programm zu entwickeln: Wie schaut die SPÖ 2020 aus, wie soll sie ausschauen und wie ist die SPÖ 2020 zu positionieren, damit wir bei den Jungen wiederum eine Antwort haben und nicht an der Stelle Nummer sieben sind?

KLAUS WEBHOFER, MODERATION:

Wir werden das weiter verfolgen bis zum Jahr 2020. Ich danke den Herrschaften hier fürs Diskutieren. Den nächsten „Klartext“ gibt es wieder am 28. Oktober mit einem neuen Thema und einem aktuellen Thema und neuen Gästen. Morgen geht es im „Journal Panorama“ um die oft belastende Situation der etwa 400.000 Menschen in Österreich, die ihre Angehörigen pflegen. Für heute darf ich mich fürs Zuhören bedanken und einen angenehmen Abend wünschen. Dankeschön!